

Fraktion **direkt**

80 | 7. Juni 2013

Zur Lage

Die Flutopfer brauchen unsere Solidarität

Der Wiederaufbau ist eine nationale Aufgabe



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Große Teile Deutschlands sind wieder von einer entsetzlichen Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden. Zahlreiche Flüsse wiesen Rekordpegelstände auf. Erneut ist von einer Jahrhundertflut die Rede.

Vielorts haben Tausende von Menschen ihre Häuser verlassen müssen. Ihr Hab und Gut ist oft schwer beschädigt oder gar zerstört. Geschäftsleute stehen buchstäblich vor den Trümmern ihrer Existenz. Wir fühlen mit allen, die unter dieser Flut zu leiden haben. Die Schäden gehen vermutlich in die Milliardenhöhe, obwohl die Helfer bis zur Erschöpfung versucht haben, das Schlimmste zu verhindern, und dabei Vorbildliches geleistet haben. Die Solidarität der Menschen untereinander ist beeindruckend.

Die Flutkatastrophe ist eine nationale Tragödie. Deshalb sind auch die Linderung der Not und der Wiederaufbau eine nationale Aufgabe. Der Bund und die betroffenen Länder müssen diese gemeinsam bewältigen. Die Bundeskanzlerin hat den Geschädigten in allen Hochwassergebieten 100 Millionen Euro als Soforthilfe zugesagt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt dies voll und ganz.

Wir hoffen, dass sich die Situation bald entspannt. In der kommenden Sitzungswoche werden wir uns dann im Bundestag sicher mit der ersten Bilanz der Verwüstungen beschäftigen, sofern dies zu diesem Zeitpunkt überhaupt schon möglich ist.

„Gemeinwohl geht vor Eigeninteresse“

In den Medienberichten hat mich ein Randaspekt nachdenklich gestimmt. An verschiedenen Stellen wurde erwähnt, dass in der Stadt Grimma, die bereits 2002 von der Flut schwer beschädigt wurde, verschiedene Bürgerinitiativen den Bau eines effektiven Hochwasserschutzes verhindert oder zumindest verzögert haben. Trifft dies zu, wäre dies leider symptomatisch für ein grundlegendes Problem in unserem Land. Eigeninteressen werden mittlerweile vielfach über die Interessen der Allgemeinheit gestellt.

Natürlich ist jeder zu verstehen, der sich dagegen wehrt, dass zum Beispiel durch den Bau einer Staumauer sein Eigentum verschandelt wird. Aber Eigentum verpflichtet auch, wie unser Grundgesetz sagt. Es ist zum Wohle der Allgemeinheit zu nutzen. Das Bestehen auf dem Eigentumsrecht darf nicht dazu führen, dass am Ende die Allgemeinheit – wie im Fall Grimma – geschädigt wird. Zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl muss ein Ausgleich geschaffen werden. Davon geht unsere Verfassung aus – und von nichts anderem. Das Eigeninteresse geht nicht automatisch vor.

Volker Kauder

Inhalt

Die Flutopfer brauchen unsere Solidarität	1
Wir legen den Finger in die Wunde	2
Finanzielle Lage der Kommunen gut wie seit Jahren nicht	3
De Maizière will regelmäßige Information über Rüstungsvorhaben	4
Spielräume für wichtige Ausgaben geschaffen	5
Bilanzbroschüre und neue Faltblätter	5
„Islamismus ist nicht die Lösung“	6
Bordelle sollen künftig Auflagen erhalten	7
Schwangere in Not unterstützen	7
Standortauswahl nach Recht und Gesetz	8
Bundestag debattiert Steuerabkommen mit den USA	8
Kauder wirbt um Vertrauen in die Euro-Politik	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Wir legen den Finger in die Wunde Kein Raum für Zwangsprostitution und Menschenhandel



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es ist erschütternd, aber wahr: Auch in Deutschland gibt es Zwangsprostitution und Menschenhandel. Dem setzt die christlich-liberale Koalition nun klare Grenzen. Künftig soll Menschenhandel noch massiver geahndet und die gewerberechtliche Überwachung von Bordellen verstärkt werden. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf, mit dem das Strafgesetzbuch geändert und das Gewerberecht verschärft wird, haben wir in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.

Gemeinsam mit der FDP haben wir einen wichtigen Schritt zum Schutz von Frauen im Prostitutionsgewerbe und bei der Bekämpfung von Menschenhandel gemacht. Das ist viel, aber für uns in der Union nicht ausreichend. So wollen wir auch Zwangsprostitution künftig noch stärker eindämmen und die Opfer – zum Beispiel im Bleiberecht – noch besser schützen. Unsere Rechts- und Innenpolitiker werden sich dieser Aufgabe in der nächsten Wahlperiode unmittelbar annehmen.

Wir werden weiterhin den Finger in die Wunde legen. Dort, wo Frauen sexuell ausgebeutet und ihre Würde mit Füßen getreten wird, wo organisierte Kriminalität sich breit macht und mit Menschen gehandelt wird,

werden wir nicht wegschauen. Wir werden Menschenhandel und Zwangsprostitution mit allen Mitteln bekämpfen.

Mit unserem aktuellen Gesetzesentwurf beseitigen wir auch einen Missstand aus der rot-grünen Regierungszeit. Damals sollte aus der Prostitution ein normales Gewerbe werden – vermeintlich zum Schutz der Frauen. Und wie es scheint, hat die damalige Regierung die Konsequenzen nicht durchdacht: Im Unterschied

zu jedem anderen Gewerbe unterliegen Bordelle in Deutschland keinen gesonderten Auflagen. Bordellbetreiber müssen bisher keine hygienischen, gesundheitlichen, arbeitsschutzrechtlichen oder sonstigen Mindeststandards erfüllen. Die Ordnungsbehörden haben kaum Eingriffs- oder Kontrollrechte. Das kann gar nicht im Sinne der beschäftigten Personen oder ihrer Kunden sein. Jedes Bio-Teehaus wird in Deutschland stärker reglementiert und von Ordnungsbehörden kontrolliert.

Rot-Grün hat Bordelle bessergestellt

Wir schaffen nun erstmalig ordnungsrechtliche Klarheit und nehmen Prostitutionsstätten in die Gewerbeordnung auf. Danach wird es immerhin möglich sein, den Betrieben Auflagen zu erteilen. Das ist ein guter Anfang und ein tragbarer Kompromiss. Weitere Schritte müssen aus unserer Sicht aber folgen. Eins haben wir mit unserem Gesetzesentwurf aber schon erreicht: Die Besserstellung von Bordellbetrieben – so wie sie Rot-Grün 2001 bestimmt hat – wird abgeschafft.

Finanzielle Lage der Kommunen gut wie seit Jahren nicht

Debatte über Situation von Städten und Gemeinden – Länder werden ihrer Verantwortung nicht immer gerecht

Starke Kommunen sind von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität in unserem Land. Deshalb unterstützt die Bundesregierung die Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in besonderer Weise – und das, obwohl es zunächst Aufgabe der Bundesländer ist, für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen. In einer Debatte des Bundestages zur Lage der Kommunen am Donnerstag versicherte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, dass der christlich-liberalen Koalition die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung am Herzen liegt.

Anlass für die Debatte war eine Große Anfrage der Koalitionsfraktionen, die die Bundesregierung beantwortet hatte. Auf 120 Seiten stellte das Bundesfinanzministerium im Detail dar, was in den vergangenen Jahren für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland von Seiten des Bundes getan wurde und weiterhin getan wird. So hat die christlich-liberale Koalition die Kommunen in dieser Legislaturperiode deutlich finanziell entlastet.

Bund übernimmt Kosten für Grundsicherung im Alter

„Die Bundesregierung hat mehr für die Kommunen getan, als die meisten Vertreter der kommunalen Spitzenverbände erwartet haben“, sagte Schäuble. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von rund 4,5 Milliarden Euro jährlich werden vom Bund vollständig übernommen. Für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gewährte er Zuschüsse von über 5,4 Milliarden Euro. „Wir haben die Ausgaben um weitere 580 Millionen Euro erhöht, um das Angebot an Kinderbetreuung zu erweitern“, fügte der Finanzminister hinzu.



Foto: Tobias Koch

Wolfgang Schäuble mit Angela Merkel und Volker Kauder im Plenum

Kommunen erzielen Überschuss

Nach Jahren des Defizits erzielten die Kommunen 2012 erstmals wieder einen Überschuss. Mehr noch: Sie erreichten den positiven Saldo als erste staatliche Ebene – vor Bund und Ländern. Auch in diesem Jahr übersteigen die Einnahmen der Kommunen insgesamt wieder deren Ausgaben. Grund dafür ist, dass der Bund sie bei den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Leistungsbezieher wesentlich entlastet. Schäuble erinnerte daran, dass 2003 – zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung – die Defizite der Kommunen auf einem Höhepunkt waren – zu einem Zeitpunkt, als sich die Finanz- und Wirtschaftskrise noch längst nicht am Horizont abzeichnete.

Natürlich gehe es nicht allen Kommunen gleich gut, räumte er ein. Die Situation sei von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Beispielsweise im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen unternehme die Landesregierung nichts, um den Ungleichgewichten entgegenzuwirken. In Rheinland-Pfalz sei sogar durch höchstrichterliche Urteile bestätigt, dass die SPD-geführte Landesregierung die Städte und Gemeinden zu schlecht ausgestattet habe.

Nach dem Grundgesetz dürfen zwischen dem Bund und den Kommunen keine direkten Finanzbeziehungen bestehen. Daher liegt es in der Verantwortung der Länder, die zur Entlastung der Kommunen gewährten Mittel aus dem Bundeshaushalt entsprechend zu verwenden. „Es ist kein Ruhmesblatt für die Länder, wenn viele Kommunen nach dem Bund rufen und nicht nach der zuständigen Landesregierung, weil sie von dort keine Hilfe erwarten“, beklagte Schäuble.

Milliardenschwerer Segen für die Städte und Gemeinden

Peter Götz, Vorsitzender der Fraktionsarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, betonte: „Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung ist ein milliardenschwerer Segen für die Kommunen in unserem Land.“ Die kommunalen Spitzenverbände würden bei Rechtsetzungsvorhaben auf Bundes- und EU-Ebene durch entsprechende Verfahrensregelungen in den Geschäftsordnungen stärker eingebunden. Der Bundesrat hingegen habe eine Stärkung der kommunalen Einflussmöglichkeiten auf Gesetzesvorhaben abgelehnt.

De Maizière will regelmäßige Information über Rüstungsvorhaben

Konsequenz nach Ausstieg aus Drohnen-Projekt – Unionsfraktion bekundet Verteidigungsminister Respekt

Verteidigungsminister Thomas de Maizière will die Rüstungsbeschaffung in seinem Hause umfassend reformieren. Diese Konsequenz zog er nach dem Ausstieg aus dem Drohnen-Projekt Euro Hawk, das er Mitte Mai aus Kostengründen gestoppt hatte. De Maizière bot in einer Aktuellen Stunde des Bundestages dem Parlament auch an, Rüstungsvorhaben gemeinsam periodisch einer Überprüfung zu unterziehen. Der Minister hatte zuvor den Verteidigungs- und den Haushaltsausschuss über alle Vorgänge in Zusammenhang mit der Aufklärungsdrohne minutiös unterrichtet. Abgeordnete der Koalitionsfraktionen sprachen dem Minister ihr Vertrauen und ihren Respekt aus.

Der Minister verteidigte sowohl seinen Entschluss, bei dem Projekt die Reißleine gezogen zu haben, als auch den Zeitpunkt der Entscheidung. „Wenn Probleme auftreten, versucht man sie zu lösen und bricht nicht gleich das ganze Projekt ab“, sagte de Maizière. Es komme nicht auf die Erkenntnis von Problemen an, sondern auf die Erkenntnis unlösbarer Probleme. Den Vorwurf, er habe mit seiner späten Entscheidung zum Ausstieg Gelder in dreistelliger Millionenhöhe verschwendet, parierte der CDU-Politiker mit den Worten: „Als ich mein

Amt angetreten habe, war das meiste Geld schon weg.“ Es sei 2012 darum gegangen, mit dem Geld, das bereits ausgegeben war, noch „etwas Vernünftiges hinzukriegen“. Er verwies dabei auf das Aufklärungssystem ISIS, das nun auch noch in bemannten Flugzeugen verwendet werden könne.

„Zeitpunkt der Entscheidung war schadensbegrenzend“

Bei dem Trägersystem Euro Hawk zeichneten sich gravierende Zulassungsprobleme ab. Der Minister hatte die Entwicklung der Drohne beendet, weil für eine Zulassung im europäischen Luftraum voraussichtlich zusätzlich hunderte Millionen hätten aufgewendet werden müssen. Ein Abbruch des Projekts zu einem früheren Zeitpunkt hätte aber „den Schaden nicht vermindert, sondern vergrößert“, sagte de Maizière. Ähnlich äußerte sich der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff. „Der Zeitpunkt der Entscheidung war schadensbegrenzend“, sagte er im Bundestag.

Die Genese des Auftrags zur Entwicklung der Aufklärungsdrohne Euro Hawk reicht bis in die Regierungszeit von Rot-Grün Anfang des Jahrtausends zurück. De Maizière begründete seinen Entschluss, sich zur Aufarbeitung sämtlicher Vorgänge in Zusammenhang mit dem Euro Hawk, knapp drei Wochen Zeit zu lassen, mit dieser Historie. Er habe sich ein eigenes gründliches Urteil bilden wollen, sagte er. Personelle Konsequenzen zu einem späteren Zeitpunkt schloss er nicht aus. Denn es handele sich um eine richtige Entscheidung zu einem richtigen Zeitpunkt, die auf falschem Wege zustandegekommen sei.

Aufklärungsdrohnen schützen Soldaten im Einsatz

Schockenhoff erinnerte die SPD daran, dass sie 2007 dem Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben zugestimmt habe. Umso befremdlicher nannte er es, dass sich SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück jetzt von jeglichen Drohnen-Projekten verabschieden wolle. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ernst-Reinhard Beck, nannte Euro Hawk „ein Kind von Rot-Grün“. Was 2002 richtig gewesen sei, könne heute nicht überholt sein. Die Bundeswehr brauche diese Aufklärungsfähigkeit, um die Sicherheit ihrer Soldaten gewährleisten zu können. Schon jetzt schützt die Drohne Luna die Soldaten, die sich im Einsatz in Afghanistan befinden.

De Maizière, Schockenhoff und Beck betonten die grundsätzliche Notwendigkeit von Drohnen für die Bundeswehr. Deutschland als Hochtechnologieland könne sich von sinnvollen Entwicklungen, die auch sonst überall vorangetrieben würden, nicht abkoppeln, sagte Beck. Schockenhoff unterstrich: „Die Zukunft der militärischen Luftfahrt ist unbemannt.“



Foto: picture alliance / dpa

Spielräume für wichtige Ausgaben geschaffen

Aktuelle Stunde im Bundestag – Koalition weist Vorwurf unbezahlbarer Wahlversprechen zurück

Die christlich-liberale Koalition hat den Vorwurf, sie ziehe mit unbezahlbaren Wahlversprechen in den Bundestagswahlkampf, entschieden zurückgewiesen. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag sagte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, diese Unterstellung sei ein „ziemlich plumptes Ablenkungsmanöver“ von SPD und Grünen, die für den Fall eines Wahlsieges massive Steuererhöhungspläne hegten. Gröhe hob hervor, dass CDU/CSU und FDP in den vergangenen vier Jahren gleichzeitig den Haushalt konsolidiert und das Wachstum gefördert haben.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte: „Politische Schwerpunkte setzen und solide Haushalten – das ist der Markenkern der christlich-liberalen Koalition.“ Kampeter rechnete vor, dass die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode erheblich in Bildung und Forschung investiert, Kommunen und Familien entlastet und Sozialversicherungsbeiträge gesenkt hat. Auch für die Infrastruktur habe man Geld ausgegeben.

All diese zusätzlichen Ausgaben seien ohne Steuererhöhungen möglich geworden, betonte Kampeter. Gleichzeitig halte die Regierung die Schuldenbremse früher ein als im Grundgesetz vorgesehen. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle, führte aus, dass schon 2014 ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorgelegt werde. 2015 wolle man ganz ohne neue Schulden auskommen und 2016 mit der Rückzahlung der Altschulden beginnen.

„Die Fakten entscheiden“

„Mit dieser Bilanz treten wir vor die Wähler: Die Fakten entscheiden“, sagte Barthle. Er hob auch hervor, dass die christlich-liberale Koalition nach vier Jahren Regierungszeit zwei Milliarden Euro pro Jahr weniger ausbehalte als zu Amtsantritt. Eine solche Bilanz sei ihm von keinem rot-grün regierten Bundesland bekannt, fügte der

Haushaltspolitiker hinzu. „Wir geben an den richtigen Stellen mehr Geld aus, weil wir Spielräume erwirtschaftet haben. Wir sparen dafür an anderer Stelle“, erklärte Barthle.



Gröhe warf der Opposition vor, mit ihren Steuererhöhungsplänen die Wirtschaft zu schädigen und Arbeitsplätze zu gefährden. Er sprach von einem „Programm des Abkassierens und Bevormundens“. Hauptverlierer wäre die Mittelschicht. Dass Rot-Grün nicht solide Haushalte könne, beweise allein die Tatsache, dass der Landesverfassungsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen die Haushalte der dortigen Regierung dreimal als verfassungswidrig eingestuft habe, sagte der Generalsekretär.

Die Fraktion informiert

Bilanzbroschüre und neue Faltblätter

Zum finanziellen Verbraucherschutz und zur Agrarpolitik

Deutschland geht es gut. Nie gab es mehr Erwerbstätige, der Bundeshaushalt kommt in Ordnung, der Euro konnte stabilisiert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zieht zum Ende der Legislaturperiode eine positive Bilanz. Die wichtigsten Erfolge werden in einer handlichen Broschüre dargestellt.

Mehr Verbraucherschutz bei Bankgeschäften

Mit „Verbraucherschutz bei Bankgeschäften“ befasst sich eines der neuen

Faltblätter. Es zeigt auf, welche Lehren der Staat aus der Finanzkrise 2008 gezogen hat und wie er für die Absicherung der traditionellen Spareinlagen sorgt. Zudem hat er veranlasst, dass die Verbraucher vernünftig beraten werden, bevor sie ihr Geld anlegen.

Gesunde Lebensmittel – Starke Landwirtschaft

Das Faltblatt „Gesunde Lebensmittel – Starke Landwirtschaft“ stellt die Politik der CDU/CSU-Fraktion für die Bauern, die Verbraucher und den Tierschutz

vor. So sollen Verbraucher künftig leichter an Informationen kommen, die die Behörden über mögliche Gesundheitsgefährdungen, Hygienemängel oder Etikettenschwindel gesammelt haben. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung soll auf Initiative der Fraktion verringert werden.

Die Publikationen können unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und stehen zum Download bereit unter www.cducsu.de/publikationen.

„Islamismus ist nicht die Lösung“

Philipp Mißfelder über die internationale Syrien-Konferenz – Konfliktparteien zu Verhandlungsbereitschaft aufgerufen



Foto: Anton Koenigs

Philipp Mißfelder
Außenpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die USA, Russland und die Vereinten Nationen haben in dieser Woche mit den Vorbereitungen für eine internationale Konferenz zur Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien begonnen. Unterdessen hat die EU zwar die allgemeinen Sanktionen gegen Syrien verlängert, auf Drängen Großbritanniens und Frankreichs jedoch das Waffenembargo aufgehoben. Über die Problemlage sprach „Fraktion direkt“ mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Philipp Mißfelder.

Herr Mißfelder, welche Chancen räumen Sie der internationalen Syrien-Konferenz ein?

Mißfelder: Die Vorbereitungen gestalten sich schwierig. Entscheidend ist, dass alle Konfliktparteien die Chance zu Verhandlungen wahrnehmen. Die Konferenz muss ein Erfolg werden. Deswegen war es auch so wichtig, dass Bundesaußenminister Guido Westerwelle die oppositionelle Nationale Koalition in Syrien aufgefordert hat, sich konstruktiv an dem geplanten Treffen zu beteiligen. Die Initiative kommt von den USA und Russland – zwei Staaten, die ständige Mitglieder des Welticher-

heitsrates sind. Genau in diesem Gremium muss dringend ein Konsens für ein international abgestimmtes Vorgehen im syrischen Bürgerkrieg hergestellt werden. Die Syrien-Konferenz könnte dafür eine Chance sein. Angesichts des Leidens der syrischen Bevölkerung und der immer schlechter werdenden humanitären Situation muss die internationale Gemeinschaft endlich handlungsfähig werden.

Gibt es eine Lösung mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad?

Mißfelder: Nach zwei Jahren Bürgerkrieg, mehr als 80.000 Toten und einer tief gespaltenen Gesellschaft braucht das Land einen Präsidenten, der die konkurrierenden Gruppen zueinander führen kann. Er muss vor allem den innersyrischen Aussöhnungsprozess in Gang bringen und dafür sorgen, dass nach einem Waffenstillstand ein dauerhafter Friede möglich wird. Dieser Prozess wird aber sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

In der syrischen Opposition gewinnen die Islamisten allmählich die Oberhand. Wie lässt sich verhindern, dass Syrien ein islamistischer Staat wird?

Mißfelder: In dieser Frage ist es wichtig, dass nach dem Bürgerkrieg die Grundrechte aller religiösen und ethnischen Gruppen in Syrien in vollem Umfang gewährleistet werden. Die künftige politische Ordnung muss den rechtlichen Rahmen für die Wahrung der Menschenrechte und die Entstehung einer pluralistischen Gesellschaft bilden. Nur so kann man fundamentalistischen Ideologien den Boden entziehen.

Situation der Christen dramatisch

Wie schwer das jedoch ist, sieht man in den Ländern des sogenannten ara-

bischen Frühlings. Besonders Christen sehen sich dort der Verfolgung von Islamisten ausgesetzt, was unserer Fraktion große Sorgen bereitet. Auch in Syrien ist die Situation der Christen dramatisch. Die internationale Konferenz wäre eine gute Gelegenheit, um ein klares Signal zu setzen: Islamismus ist nicht die Lösung für Syrien. Die Achtung der Würde und Freiheit jedes Einzelnen – unabhängig von religiösen und politischen Einstellungen – muss Bestandteil einer politischen Lösung sein.

„Keine Waffenlieferungen nach Syrien“

Rußland will die syrische Regierung mit Kampfflugzeugen unterstützen. Die EU ist in der Frage Waffenlieferungen an die Opposition gespalten. Wie kommt man aus dem Dilemma?

Mißfelder: Es ist sehr bedauerlich, dass sich die EU zu keiner gemeinsamen Linie in der Frage des Waffenembargos durchringen konnte. Würde die EU mit einer Stimme sprechen, könnte sie außenpolitische Handlungsfähigkeit demonstrieren.

Die deutsche Bundesregierung hat ihre Position aber ganz klar formuliert: Es wird keine Waffenlieferungen nach Syrien geben. Deutschland liefert grundsätzlich kein militärisches Gerät in Krisengebiete. Zudem ist die syrische Opposition gespalten und mit extremistischen Kämpfern aus den Nachbarländern durchsetzt. Hilfe von außen droht dann sehr schnell in die falschen Hände zu geraten.

Bordelle sollen künftig Auflagen erhalten

Bundestag berät Gesetzentwurf zur Eindämmung der Zwangsprostitution – Schritt in die richtige Richtung

Zur Eindämmung der Zwangsprostitution will die christlich-liberale Koalition das Gewerberecht verschärfen. Der Bundestag behandelte am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Dem Entwurf zufolge sollen die Bordellbetreiber auf ihre Zuverlässigkeit überprüft und Bordelle künftig überwacht werden können. Außerdem sollen die Gewerbeaufsichtsämter ihnen Auflagen erteilen können – zum Schutz der Prostituierten, der Kunden oder der Nachbarn vor Gefahren, Nachteilen oder Belästigungen. Für die Unionsfraktion ist dies nur ein Schritt in die richtige Richtung. Sie setzt sich zudem für strafrechtliche Regelungen ein, um Zwangsprostitu-

tion und Menschenhandel wirksamer verfolgen zu können.

Unionsfraktion für Verschärfung des Strafrechts

Die Verschärfung des Gewerberechts ist verknüpft mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Zwischen Menschenhandel und Prostitution besteht ein enger Zusammenhang. Vor allem junge Frauen aus Osteuropa, viele von ihnen noch minderjährig, werden nach Angaben des Bundeskriminalamtes nach Deutschland gelockt oder verschleppt und zur Prostitution gezwungen. Ohne die Aussage des Opfers sind die Hintermänner – Menschenhändler und Zu-

halter – oft nicht zu belangen. Deshalb setzt sich die Union zusätzlich für eine Verschärfung des Strafrechts ein. Die Strafverfolgung soll nicht mehr von der Aussage des Opfers abhängig gemacht werden, das diese oft auf Druck des Zuhälters und aus Furcht für Leib und Leben zurückzieht.

Der derzeitige Missstand ist auf die damalige rot-grüne Regierung zurückzuführen, die vor rund zehn Jahren die Prostitution per Gesetz zu einem Gewerbe erklärt, aber auf jegliche Regulierung verzichtet hat. Das hatte zur Folge, dass jede Imbissbude oder Gaststätte in Deutschland strenger kontrolliert und gemäßregelt wird als ein Bordell.

Schwangere in Not unterstützen

Bundestag beschließt Regelung zur vertraulichen Geburt

Schwangere in Notlagen sollen künftig unter ärztlicher Betreuung entbinden können, ohne dass sie ihren Namen preisgeben müssen. Das sieht ein Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt vor, den der Bundestag am Freitag beschloss. Dem Gesetz zufolge sollen die Daten der Mutter bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes unter Verschluss bleiben. Erst danach soll das Kind das Recht haben, seine Herkunft zu erfahren. In Einzelfällen, etwa wenn die Kindesmutter besonders gefährdet ist, kann ein Familiengericht auf ihren Wunsch hin auch nach dem 16. Geburtstag des Kindes ihre Daten sperren.

Babyklappen nicht zufriedenstellend

Die vertrauliche Geburt wird sowohl dem Bedürfnis der Frauen nach Schutz und Geheimhaltung als auch dem Bedürfnis der Kinder nach

Kenntnis der eigenen Abstammung gerecht. Das Gesetz sieht auch vor, dass die Hilfen für Schwangere in schwierigen Lebenssituationen weiter ausgebaut und besser bekannt gemacht werden.

Babyklappen, in denen Kinder derzeit anonym abgelegt werden können, sind nach Ansicht der Unionsfraktion nicht zufriedenstellend. In einer Anhörung vor Verabschiedung des Gesetzes betonten Experten, dass Babyklappen und anonyme Geburten die

ursprüngliche Erwartung, Kindstötungen zu verhindern, nicht erfüllt haben. Die Zahlen von Kindstötungen seien seit der Einführung der Babyklappen 1999 nicht zurückgegangen. Zudem bestehe bei Babyklappen die Möglichkeit des Missbrauchs. So seien in ihnen schon behinderte und ältere Kinder abgelegt worden. Über die Zukunft der Babyklappen soll entschieden werden, sobald die Ergebnisse einer vom Familienministerium in Auftrag gegebenen Überprüfung vorliegen.



Standortauswahl nach Recht und Gesetz

Untersuchungsausschuss Gorleben beendet seine Arbeit

Die Erkundung, ob sich der Salzstock Gorleben für ein Atommüll-Endlager eignet, verlief in den 1970er und 1980er Jahren nach Recht und Gesetz. Dies ist die Schlussfolgerung, die die Unionsfraktion nach dreijähriger Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zieht. Politische Einflussnahme in Fach- oder gar Sicherheitsfragen gab es – entgegen den Mutmaßungen der Opposition – nicht.

Mit der Plenardebatte am Donnerstag wurde ein Schlusspunkt unter den Untersuchungsausschuss gesetzt, der auf Verlangen der Opposition am 26. März 2010 eingesetzt worden war. Das Gremium sollte die Umstände klären, unter denen die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl 1983 entschieden hatte, den Salzstock Gorleben untertägig zu erkunden.

Im Einzelnen lässt sich festhalten: In den 70er Jahren ist nach einem unabhängigen Auswahlverfahren festgestellt worden, dass der Salzstock von allen Standorten in Niedersachsen der am besten geeignete sei. Die im Jahr 1983 getroffene Entscheidung zur untertägigen

Erkundung folgte dem Votum der Fachleute; der Verdacht einer politischen Einflussnahme ist klar widerlegt.

„Sicherheit an erster Stelle“

Die heutige Bundeskanzlerin und damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel, die auch vor dem Untersuchungsausschuss aussagte, folgte immer der Prämisse „Sicherheit an

erster Stelle“. Festzuhalten bleibt auch, dass bei allen Erkundungsschritten alternative Standortmöglichkeiten in Betracht gezogen wurden. Jedoch war kein anderes Bundesland bereit, alternative Lagerstätten auf seinem Territorium näher zu prüfen.

Heute sieht dies anders aus: Die Standortsuche folgt nun dem Prinzip der weißen Landkarte. Wo in Deutschland ein Endlager für hochradioaktive Abfälle errichtet werden kann, wird ein per Gesetz festzulegendes Verfahren ergeben.



Foto: Philipp Schulze/dpa/ picture alliance

Bundestag debattiert Steuerabkommen mit den USA

Automatischer Informationsaustausch Baustein zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Deutschland und die USA wollen ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerhinterziehung ausbauen. Der Bundestag debattierte am Freitag in erster Lesung ein Ende Mai geschlossenes bilaterales Abkommen zum automatischen Informationsaustausch, das die christlich-liberale Koalition noch in der laufenden Legislaturperiode gesetzgeberisch umsetzen will. Demnach verpflichten sich die Steuerverwaltungen beider Länder, künftig bei ihren Finanzinstituten für die Besteuerung relevante Daten zu erheben und auszutauschen. Die Initiative ist ein weiterer wichtiger Baustein im Kampf gegen die internationale Steuerflucht.

Ausgangspunkt ist ein Steuergesetz der USA aus dem Jahr 2010. Es bestimmt, dass ausländische Finanzinstitute die amerikanischen Steuerbehörden über Konten von US-Bürgern informieren müssen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, müssen sie eine Quellensteuer von 30 Prozent auf Erträge abführen, die das Finanzinstitut aus US-Quellen bezieht.

Das jetzt unterzeichnete Abkommen – in der amerikanischen Abkürzung FATCA genannt – beruht auf einem Musterabkommen, das verschiedene europäische Staaten zusammen mit den USA erarbeitet haben. Der automatische Informationsaustausch zwischen Deutschland und den USA

beruht auf Gegenseitigkeit. Damit ist der im US-Gesetz vorgesehene Quellensteuereinbehalt entbehrlich.

Der Informationsaustausch soll ab 2014 beginnen. Indem das Gesetz zügig umgesetzt wird, haben die Finanzinstitute ausreichend Zeit, sich auf die neue Rechtslage einzustellen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble setzt sich auf Ebene der EU-Finanzminister mit Nachdruck dafür ein, nach dem Vorbild des Abkommens mit den USA auch auf europäischer Ebene zu einem erweiterten automatischen Informationsaustausch zu kommen.

Kauder wirbt um Vertrauen in die Euro-Politik

Delegation der CDU/CSU-Fraktion trifft japanische Regierungsvertreter in Tokio

Bereits zum vierten Mal in vier Jahren ist Volker Kauder nach Japan gereist. Bei seinem jüngsten Besuch in Tokio Mitte Mai redete der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende aber nicht nur über den Euro und die Maßnahmen zu dessen Stabilisierung. Es ging dieses Mal auch um den Yen und die Sorgen in Deutschland über die Geldpolitik des neuen japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe.

Japan ist wirtschaftlich im Aufschwung. Auf der Titelseite des renommierten „Economist“ fliegt der japanische Ministerpräsident Abe schon als „Superman“ durch die Luft. Nicht ganz zu Unrecht. Denn Japan verzeichnet nach Jahren der Stagnation wieder Wirtschaftswachstum und steigende Exportzahlen. Dennoch hatten der Unionsfraktionsvorsitzende und seine Delegation bei ihrem Aufenthalt in Japan einige kritische Fragen an ihre Gesprächspartner.

Ausweitung der Geldmenge falscher Ansatz

Die japanischen Gastgeber wussten sehr wohl, dass ihre Politik zur Ankurbelung der Wirtschaft in Deutschland durchaus kritisch gesehen wird. Die Ausweitung der Geldmenge, also im Kern das Anwerfen der Notenpresse, ist gerade nicht der Weg, den die Bundesregierung und die Unionsfraktion im Bundestag für Europa als richtig ansehen. Mehr Geld, so machte Kauder in Tokio klar, löst nicht die grundlegenden Probleme weder in Europa noch in der restlichen Welt. Die Länder müssten stattdessen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen verbessern, forderte er.

In der japanischen Hauptstadt versuchten Finanzminister Taro Aso und Notenbankchef Haruhiko Kuroda – die beiden für das Thema Hauptzuständigen – die Sorgen der Deutschen zu zerstreuen. Beide unterstrichen, dass Japan die Geldvermehrung über

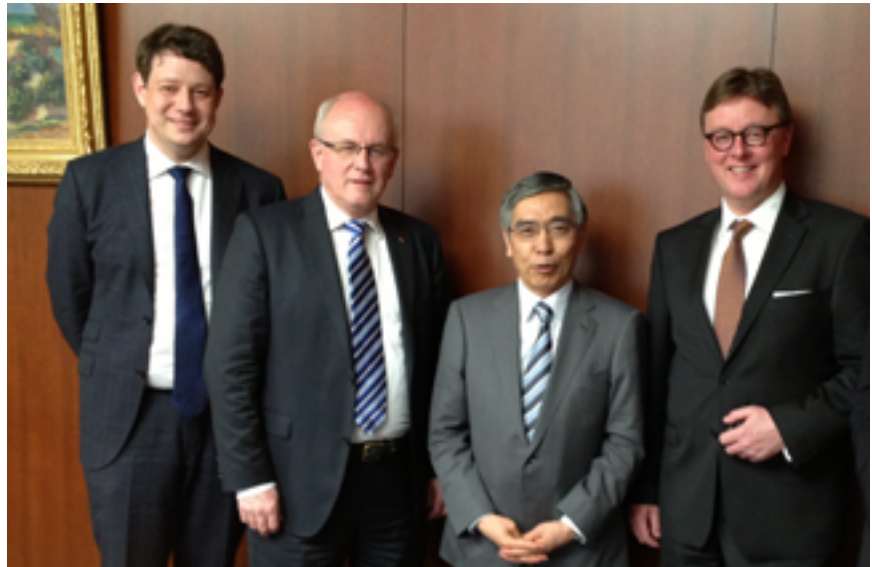


Foto: Ulrich Scharfack

Gespräch der Fraktionsdelegation mit dem Chef der Notenbank, Haruhiko Kuroda

die Notenbank dann beenden würde, wenn die Inflationsrate bei zwei Prozent liegt.

Ob das gelingt, werden aber erst die nächsten Jahre erweisen. In Kauders Delegation, der auch der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer und der außenpolitische Sprecher Philipp Mißfelder angehörten, wurde daran erinnert, dass auch die USA seit Jahren versprechen, ihre extensive Geldpolitik zu beenden. Stattdessen machen sie munter immer weiter. Derweil wachsen die Staatsschulden. Diese Kritik hatte Kauder schon vor seiner Zusammenkunft mit den Regierungsvertretern in einer Rede vor Wirtschaftsvertretern in der Region Kansai rund um Osaka angedeutet – und dabei durchaus Zustimmung geerntet.

Die japanische Führung zeigte sich während des Besuchs der Fraktionsdelegation zudem daran interessiert, in nächster Zukunft die Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen zum Abschluss zu führen. Kauder würdigte, dass Japan bei der Bekämpfung der Steuerflucht mit Deutschland und Europa an einem Strang zieht.

Ostasien unruhige Region

Japan ist mit 120 Millionen Einwohnern die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Das Land hat aber nicht nur wirtschaftliche Probleme zu überwinden. Auch das wurde auf der Reise deutlich. Ostasien ist darüber hinaus eine geopolitisch unruhige Region. Nordkorea baut Drohkulissen auf. Japan hat Inselstreitigkeiten mit China und Russland. Überhaupt beobachtet die Regierung Abe die neue chinesische Führung recht kritisch.

Kauder, der Peking erst kurz vor Ostern besucht hatte, versuchte die Sorgen der Japaner zu zerstreuen. Er glaube nicht, dass die neue chinesische Regierung ein Interesse an einer Konfrontation mit Tokio hätte. Alle Seiten sollten die Nerven behalten und miteinander reden, empfahl er.

Der Aufenthalt in Tokio war ein Besuch bei Freunden. Kauder wird, das war überall zu spüren, in Japan geschätzt. Kein Spitzenpolitiker aus Deutschland ist so oft in Japan wie er. Kaum einer kümmert sich so intensiv um den Partner im fernen Osten.

Deutschland hat 80,2 Millionen Einwohner

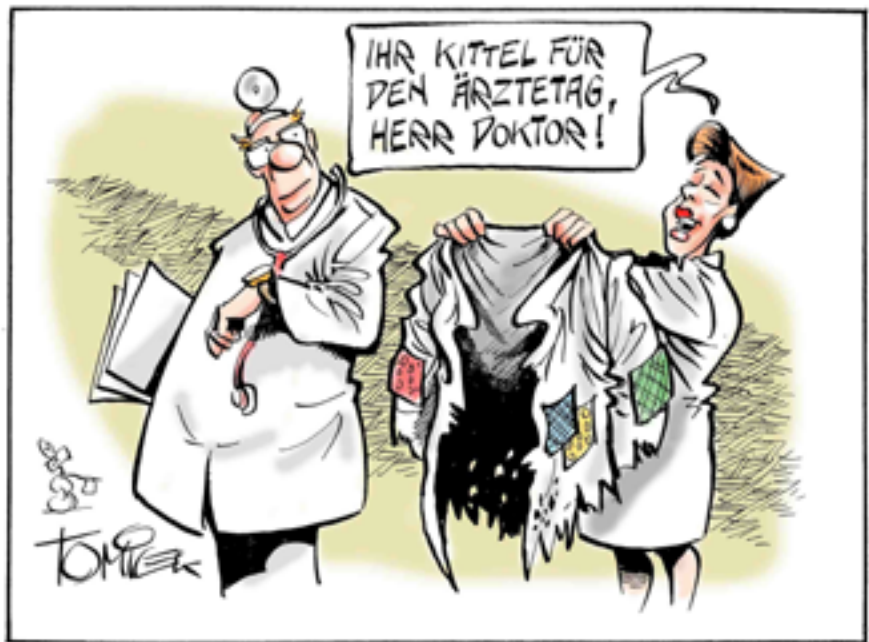
Laut Zensus 2011 weniger als gedacht

Wiesbaden – In Deutschland leben rund 80,2 Millionen Menschen. Das ergab die Volkszählung vom Mai 2011, wie das Statistische Bundesamt in der vergangenen Woche mitteilte. Damit hat Deutschland rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen. Von den rund 80,2 Millionen Einwohnern haben etwa 74 Millionen Personen oder 92,3 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit. Knapp 6,2 Millionen Einwohner oder 7,7 Prozent besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

In Deutschland waren zum Zeitpunkt des Zensus rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig, 53,2 Prozent Männer und 46,8 Prozent Frauen. Die Erwerbstätigenquote – das ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung – betrug 64,5 Prozent. 2,1 Millionen Personen waren erwerbslos.

35,6 Prozent der Personen über 15 Jahren hatten einen Haupt- beziehungsweise Volksschulabschluss, 26,9 Prozent besaßen die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 28,3 Prozent die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 4,4 Prozent befanden sich zum Zeitpunkt der Erhebung noch in schulischer Ausbildung. Ohne Schulabschluss sind nach den Ergebnissen 4,7 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahren oder 3,2 Millionen Menschen.

Weiter ergab der Zensus, dass im Mai 2011 in Deutschland knapp 34.000 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften registriert waren, davon rund 40 Prozent Lebenspartnerschaften von Frauen. Insgesamt lebten 5.700 Kinder in Familien, deren Eltern eine eingetragene



Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducsu.de

- 10. Juni 2013 Gedenkveranstaltung der AG Kultur zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953
- 10. Juni 2013 Fachgespräch Finanzieller Verbraucherschutz
- 11. Juni 2013 Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion im Zollparkhof
- 14. Juni 2013 Gedenkveranstaltung des Bundestags zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953
- 25. Juni 2013 PKM Sommerfest im Garten des Kronprinzenpalais

gene Lebenspartnerschaft führten, die meisten davon mit 86 Prozent in Lebenspartnerschaften von Frauen.

19 Prozent mit Migrationshintergrund

In Deutschland lebten Anfang Mai 2011 insgesamt 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund; dies entspricht knapp 19 Prozent der Bevölkerung. Als Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer sowie alle Deutschen, die nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind oder mindestens einen nach 1955 zu-

gewanderten Elternteil haben. Dieser Anteil variiert zwischen den Bundesländern stark. Den höchsten Anteil in den westlichen Bundesländern gab es mit 27,5 Prozent in Hamburg, den geringsten Anteil in Schleswig-Holstein (11,7 Prozent). In den östlichen Bundesländern liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchweg unter fünf Prozent.

Im Mai 2011 gab es in Deutschland 19,1 Millionen Gebäude mit Wohnraum und 10.000 bewohnte Unterkünfte – das sind zum Beispiel Wohncontainer, Gartenlauben und fest verankerte Wohnschiffe. Die Zahl der Wohnungen insgesamt lag bei 41,3 Millionen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu